

Chancen für Alle: Bildung - Arbeit - Wohlstand

Beschluss des 21. Parteitages der CDU Deutschlands

Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands unter dem Motto "Die Mitte." ist am 04.12.2007 mit dem Beschluss "In Chancen denken - Strategische Standortpolitik im 21. Jahrhundert" zu Ende gegangen. Bereits am Abend zuvor hatten die rund 1000 Parteitags-Delegierten das Grundsatzprogramm "Freiheit und Sicherheit - Grundsätze für Deutschland" und den Reformantrag "Chancen für Alle" verabschiedet.

Auszug aus dem Reformantrag:

Die Menschen in Deutschland können wieder optimistisch in die Zukunft schauen. Deutschland befindet sich im Aufschwung. Die Politik des „Reformierens, Sanierens und Investierens“ ist erfolgreich. Noch nie seit der Gründung der Bundesrepublik gab es einen höheren Beschäftigungsstand. Noch nie seit der Wiedervereinigung ist die Arbeitslosigkeit so stark zurückgegangen. Mehr Jugendliche kommen in Arbeit, mehr ältere Arbeitnehmer sind wieder ins Erwerbsleben integriert. Das zeigt: Der Aufschwung kommt bei den Menschen an.

Kurs halten – Grundlagen des Aufschwungs stärken

Wir dürfen den Aufschwung jetzt nicht verspielen, sondern müssen ihn stärken. Die SPD stellt in diesen Tagen und Wochen vieles in Frage. Die CDU wird Kurs halten. Mit uns wird es eine Abkehr von dem Kurs der Mitte, der die Wachstumskräfte in unserem Land stärkt und jedem Einzelnen Chancen eröffnet, nicht geben.

Wir sehen die große Koalition in der Verantwortung, sich den Herausforderungen zu stellen. Dies gelingt nicht ohne das Vertrauen der Menschen. Vertrauen baut auf Verlässlichkeit auf. Deshalb macht die CDU deutlich, wofür sie eintritt und sagt genauso klar, was mit ihr nicht zu machen ist.

Wir wollen Arbeit für alle und Chancen für alle. Dabei stehen für uns folgende Handlungsfelder im Vordergrund.

2. Senkung der Lohnzusatzkosten

Ein Prozent weniger Lohnzusatzkosten schafft bis zu 100 000 neue Stellen. Wir haben deshalb den Arbeitslosenversicherungsbeitrag in einem Jahr fast halbiert – von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent zum 1. Januar 2008. Bürger und Unternehmen werden ab dem nächsten Jahr um über 12 Mrd. Euro netto gegenüber dem Beginn dieser Legislatur entlastet. Für einen Durchschnittsverdiener bedeutet dies 270 Euro mehr netto im Jahr!

Die Lohnzusatzkosten sind durch die bislang getroffenen Maßnahmen insgesamt unter 40 Prozent gesenkt, der Arbeitgeberbeitrag liegt schon seit Anfang dieses Jahres unter 20 Prozent. Dies bringt mehr Nettolohn für Arbeitnehmer und weniger Lohnkosten für Arbeitgeber.

Was mit uns nicht zu machen ist

Ein Aufweichen der Grundsatzentscheidung zur Rente mit 67 lehnen wir ab. Mit der Reform schaffen wir Stabilität und Verlässlichkeit im Rentensystem. Ebenso wenig wird es mit uns eine erneute Diskussion über die beschlossene Gesundheitsreform geben. In einem ersten Schritt werden endlich zum 1. Januar 2009 die Beiträge für die Krankenversicherung von den Arbeitskosten entkoppelt. Das war lange überfällig und stabilisiert die Beiträge.

Wofür wir eintreten

Wir werden den Kurs der Beitragssenkung konsequent fortsetzen. Wenn es zum 1. Januar 2009 zusätzliche Spielräume für eine weitere Senkung bei den Sozialversicherungsbeiträgen gibt, werden wir diese nutzen.

3. Aufstieg und Teilhabe durch Bildung

Leistung und Begabung sollen über die Zukunft entscheiden, nicht Herkunft und Vermögen. Deshalb stehen wir für eine Gesellschaft, die jedem Chancen und Aufstieg eröffnet. Jedem muss zu jeder Zeit der Aufstieg durch Bildung offen stehen. Wir bekennen uns zu Leistungseliten.

Was mit uns nicht zu machen ist

Wir lehnen die Einheitsschule für alle ab. Wir stehen zur Vielfalt der Bildungswege in Deutschland. Eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage lehnen wir ebenso ab wie eine allgemeine Subventionierung betrieblicher Ausbildung.

Wofür wir eintreten

Wir wollen die Halbierung der Zahl der Schulabbrecher erreichen. Dazu gehören mehr Praxisangebote schon in der Schule. Dies muss jetzt zügig umgesetzt werden. Um die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen von Jugendlichen zu erhöhen, führen wir den Ausbildungspakt fort. Auch er hat in diesem Jahr dazu geführt, dass über eine halbe Million Lehrstellen bereitgestellt worden sind. Für uns ist aber auch klar: Neben den Unternehmen müssen auch die Gewerkschaften ihren Beitrag leisten. Es ist nicht akzeptabel, dass die Vertreter der Arbeitnehmer abseits stehen. Die Gewerkschaften sollen dem Ausbildungspakt für junge Menschen beitreten.

Damit Altbewerber mit schlechten persönlichen Chancen auf dem Ausbildungsmarkt einen Berufsabschluss erreichen können, wollen wir Betriebe, die diesen benachteiligten jungen Menschen einen Ausbildungsvertrag geben, in einer zeitlich befristeten Kraftanstrengung gezielt unterstützen.

Jeder Mensch muss unabhängig von seinem Alter und seinem Abschluss die eigene Qualifikation verbessern können. Wer den Berufsabschluss hat, muss den „Meister“ machen können. Wer Facharbeiter oder Handwerksgehilfe ist und die entsprechenden Voraussetzungen mitbringt, muss studieren können. Deshalb streben wir eine Weiterentwicklung des „Meister-BAföG“ an. Wir wollen, dass begabten und motivierten Absolventen der Berufsbildung überall faire und transparente Zugangsbedingungen zu Hochschulen offen stehen.

Für Kinder und junge Menschen aus Migrationsfamilien und aus sogenannten bildungsfernen Familien sind Bildung und Ausbildung die zentralen Instrumente für Integration in die Gesellschaft und Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt. Unser Ziel ist, den Anteil der Migranten an den verschiedenen Qualifikationsstufen deutlich zu erhöhen und dem Bevölkerungsdurchschnitt anzunähern. Dazu bedarf es mehr individueller Förderung. Am Anfang steht das Beherrschen der deutschen Sprache. Wir wollen, dass künftig kein Kind mehr seinen Schulbesuch ohne ausreichende Sprachkenntnisse beginnt. Und wir setzen uns dafür ein, dass auch die Eltern dieser Kinder die deutsche Sprache erlernen.

4. Vorfahrt für Arbeit!

Flexibilität und Sicherheit sind die Leitplanken unserer Arbeitsmarktpolitik. Dabei müssen sowohl die Arbeitssuchenden die Chance bekommen, einen Arbeitsplatz zu finden als auch die Beschäftigten die nötige Sicherheit des Arbeitsplatzes erhalten.



Was mit uns nicht zu machen ist

Wer Unternehmen zwingen will, einen Lohn zu zahlen, der nicht zu erwirtschaften ist, der sorgt dafür, dass viele Menschen gar keinen Lohn mehr bekommen. Deshalb wird es mit der CDU Mindestlöhne, die Arbeitsplätze vernichten und Wettbewerb aushebeln, nicht geben. Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: Viele Arbeitnehmer finden erst über die Zeitarbeit wieder eine Festanstellung. Wir werden nicht zulassen, dass diese insgesamt positive Entwicklung durch neue Strangulierungen, wie sie der SPD-Parteitag beschlossen hat, abgewürgt wird.

Wofür wir eintreten

Die rd. 80 Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen einer strikten Prüfung unterzogen werden. Das, was sich als wirksam erweist, wird fortgesetzt. Das, was unwirksam und ineffizient ist, wird abgeschafft. Eine deutliche Reduzierung der Arbeitsmarktinstrumente auf weniger als die Hälfte ist sinnvoll und möglich.

Wir brauchen ein verständliches Arbeitsgesetzbuch, das insbesondere in kleinen und mittelständischen Betrieben Beschäftigung sichert und fördert und das Arbeitsrecht handhabbarer macht. Es geht um einen fairen Ausgleich zwischen den legitimen Schutzbedürfnissen der Arbeitnehmer und den Beschäftigungschancen der Arbeitssuchenden. Jeder Beschäftigte und jeder Arbeitssuchende muss auf den ersten Blick erkennen können, welche Rechte und welche Pflichten er hat. Jeder Unternehmer muss wissen, was bei einer Neueinstellung auf ihn zukommt.

Sittenwidrige Löhne müssen verboten werden. Die CDU setzt sich für ein Mindesteinkommen in Deutschland ein. Für uns gilt: Wer arbeitet muss mehr haben, als wer nicht arbeitet. Um Arbeitsplätze auch für Geringqualifizierte zu sichern oder zu schaffen, soll sich das Mindesteinkommen aus einer Kombination von Lohn und Lohnzuschuss zusammensetzen.

Wir wollen eine Änderung der Hinzuverdienstregeln im Bereich des Arbeitslosengeldes II. Es sind mehr Anreize notwendig, nicht in Passivität oder Minijobs zu verharren, sondern Hinzuverdienste und Arbeitseinsatz in Richtung einer Vollerwerbstätigkeit zu steigern. Die Teilhabe von Arbeitnehmern an Gewinn und Kapital ihrer Unternehmen ist eine Antwort auf die veränderten Arbeitsbedingungen in der globalisierten Welt. Sie bietet den Arbeitnehmern die Chance, privates Vermögen aufzubauen. Dieser Investivlohn kann Arbeitsplätze sicherer machen, weil er zudem die Identifikation zwischen Unternehmen und Mitarbeitern erhöht. Unser zentraler Ansatz zur Förderung dieser Form der Arbeitnehmerbeteiligung ist die nachgelagerte Besteuerung.

Der Kurs Vorfahrt für Arbeit ist zugleich ein wichtiges Signal für die Rentenversicherten: Je mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, desto höhere mögliche Rentensteigerungen. Je mehr Einzahler, desto stabiler die Rentenbeiträge. Unsere Beschlüsse von Leipzig, Düsseldorf und Dresden stehen für Vorfahrt für Arbeit und geben den richtigen Rahmen für Sicherheit und Flexibilität am Arbeitsmarkt vor.

Nach: Chancen für Alle - Bildung. Arbeit. Wohlstand, Beschluss des 21. Parteitages der CDU Deutschlands, Hannover 03.12.2007

Der vollständige Text kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:

<http://www.hannover2007.cdu.de/download/071203-beschluss-chancen-fuer-alle-3.pdf>

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.

